

Kleine Anfrage Fraktion SP/JUSO (Valentina Achermann/Michael Sutter/Alina Irene Murano, SP): Neonazis marschieren durch Bern: Weshalb blieb die Polizei untätig?

Am Samstag, 22. Januar 2022, marschierten Neonazis an der Spitze einer Corona-Demo durch Bern. Darunter zahlreiche Aktivisten der rechtsextremen Gruppierung «Junge Tat», unterstützt von Mitgliedern der Hammerskins, von Blood & Honour und von der Nationalen Aktionsfront. Diese zogen vom Bahnhofplatz durch die Hauptgassen zum Münsterplatz und wieder zurück zum Bundesplatz. Die Kantonspolizei markierte mit einem grösseren Aufgebot Präsenz, liess die Demonstrierenden aber gewähren. Antisemitische Symbolik, Verharmlosungen und Leugnungen des Holocaust sowie Nazivergleiche sind seit Monaten fester Bestandteil von Corona-Demos. Dass Corona-Demos zunehmend von Neonazis angeführt werden, wurde in Deutschland und Österreich beobachtet und in Bern versuchten sie es ebenfalls bereits.¹ Es war daher einzig eine Frage der Zeit, bis es ihnen gelingen würde.

Während in der Vergangenheit regelmässig auch friedliche Demonstrationen von linken Gruppierungen gewaltsam aufgelöst wurden, blieb die Berner Kantonspolizei in diesem Fall untätig. Dies, obwohl sie kommuniziert hatte, dass sie beim Vorliegen von strafbaren Handlungen eingreifen würde. Recherchen zeigten, dass die Polizei die Marschroute mit dem Anführer der Gruppierung „Junge Tat“ abgesprochen hatte.² Die Teilnahme von diesen Gruppierungen war der Polizei folglich bekannt. Eben diese Gruppierungen verbreiten offen Nazi-Ideologien³ und sind behördlich bekannt, womit äusserst fraglich ist, wie seitens Polizei trotz grossem Personalaufgebot kein strafrechtlich relevantes Verhalten festgestellt wurde. Das Nichteingreifen der Polizei einzig aus Verhältnismässigkeitsüberlegungen ist aus Sicht der SP unverständlich und inakzeptabel.

Wir bitten den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Angesichts der Entwicklung in Deutschland und Österreich war zu erwarten, dass auch in der Schweiz Neonazis an Corona-Demos mitmarschieren und diese anführen werden, zumal dies bereits in der Vergangenheit (erfolglos) versucht worden ist. Welchen Auftrag hat der Gemeinderat der Kantonspolizei vor diesem Hintergrund im Umgang mit der Demonstration vom 22. Januar erteilt?
2. Hat die Kantonspolizei diesen Auftrag im Sinne des Gemeinderats ausgeführt?
3. Welche Anweisungen des Gemeinderats hat die Kantonspolizei generell für den Umgang mit Demonstrationen, an denen rechtsextreme Gruppierungen federführend beteiligt sind?

Bern, 27. Januar 2022

Erstunterzeichnende: Valentina Achermann, Michael Sutter, Alina Irene Murano

Mitunterzeichnende: Katharina Altas, Lena Allenspach, Nicole Cornu, Bernadette Häfliger, Edith Siegenthaler, Bettina Stüssi, Ayse Turgul, Mohamed Abdirahim, Diego Bigger, Fuat Köçer, Marianne Schild, Judith Schenk

¹ <https://www.derbund.ch/diese-entwicklung-bereitet-mir-sorgen-815220322344>

² <https://www.derbund.ch/neonazis-fuehren-corona-demonstration-an-238335697389>

³ <https://jungetat.ch/aktionen>; <https://www.srf.ch/news/schweiz/rechtsradikalismus-junge-neonazis-auf-dem-vormarsch>; <https://www.derbund.ch/die-eisen-jugend-aus-winterthur-und-ihr-traum-von-der-apokalypse-906200087233>

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Dass Personen aus rechtsradikalen Kreisen eine Kundgebung der Coronamassnahmegegner anführten, war in dieser Form in Bern neu, überraschend und kam in den Folgekundgebungen bis dato nicht mehr vor. Vor diesem Hintergrund erfolgte auch kein spezifischer Auftrag des Gemeinderats hinsichtlich der am 22. Januar 2022 aufgetretenen Konstellation.

Zu Frage 2:

Weil kein spezifischer Auftrag des Gemeinderats vorlag (siehe Antwort zu Frage 1), gab es auch keine Handlungsanweisung, an die sich die Kantonspolizei hätte halten/nicht halten können.

Zu Frage 3:

Wie bei Kundgebungen üblich erteilt der Gemeinderat keine generellen Anweisungen. Es wird jeder Einzelfall aufgrund der Lagebeurteilung durch die Kantonspolizei für sich beurteilt. Unabhängig von Anweisungen des Gemeinderats schreitet die Kantonspolizei bei Sachbeschädigungen sowie strafbaren Handlungen im Rahmen der Verhältnismässigkeit ein und nimmt Straftäter*innen fest. Der Gemeinderat teilt jedoch die Sorge um wachsende demokratiefeindliche Entwicklungen und Tendenzen.

Bern, 16. Februar 2022

Der Gemeinderat